

KURZ UND PRÄGNANT

Inklusive Bildung

Zur aktuellen Debatte um inklusive Schulen sagte Torsten Wolf, bildungspolitischer Sprecher der LINKE-Landtagsfraktion: „In keinem anderen Gesetzgebungsverfahren im Bildungsbereich wurden bisher die unterschiedlichen Interessengruppen so frühzeitig eingebunden wie beim neuen Schulgesetz. Dass sich mehrere Verbände zu inklusiver Schule geäußert haben, ist Teil des Diskussionsprozesses, der von Rot-Rot-Grün von Anfang an gewollt wurde. Ein Einbeziehen aller Akteure ist uns wichtig.“ Die Art und Weise mache aber deutlich, dass der Diskussionsprozess zwischen Landesregierung, regierungstragenden Fraktionen und gesellschaftlichen Gruppen intensiv weiter geführt werden müsse. Dabei müsse immer „vom Kind aus gedacht werden“. Bei aller Debatte um inklusive Bildung sollte nicht vergessen werden, dass bereits die Vorgängerregierung vor der Aufgabe stand, die Bedingungen für Inklusion zu schaffen. Seit 2003 gilt in Thüringen der Vorrang gemeinsamer Beschulung. „Nun ist es dringlich, dass wir zu einem modernen, auf die konkreten Verhältnisse und Aufgaben passenden Schulgesetz, kommen“, so Torsten Wolf. ■

Aktenlager Immelborn

In der Landtagssitzung am 26. Januar hatten die Koalitionsfraktionen beantragt, dass der Untersuchungsausschuss „Aktenlager Immelborn“ dem Thüringer Landtag einen Zwischenbericht erstattet. Die CDU hatte diesem Antrag die Zustimmung verweigert und die Debatte stattdessen dafür genutzt, Vorwürfe gegen den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit zu erheben. Dazu erklärten Madeleine Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Diana Lehmann, SPD, und Rainer Kräuter:

„Die Ausführungen des CDU-Abgeordneten Tischner in der Plenardebatte haben offenkundig werden lassen, dass ein Aufklärungsinteresse nicht besteht und die CDU den Untersuchungsausschuss missbräuchlich dazu verwendet, den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit in infamer Weise zu diskreditieren. Die von der CDU unter Vorwegnahme der Wertung der erhobenen Beweise in den Raum gestellten Unterstellungen und Anwürfe gegen den Landesbeauftragten weisen wir zurück.“ Die Ausschussmitglieder der drei Regierungsfaktionen werden eine auftragsgemäße Erfüllung des Begehrens auf Berichterstattung durch den Landtag gewährleisten. ■

Enquetekommission ist ein Meilenstein

Konzepte und Handlungsoptionen gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit

Der Landtag hat am 26. Januar durch die demokratischen Fraktionen die Einrichtung einer Enquetekommission „Auseinandersetzung mit Rassismus, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung in Thüringen“ beschlossen.

„Damit wurde ein Meilenstein gesetzt, der nicht zuletzt der Arbeit des ersten NSU-Untersuchungsausschusses und dem einstimmigen Beschluss der Empfehlungen durch alle seine Mitglieder zu verdanken ist“, erklärten die Landes- und Fraktionsvorsitzende der LINKEN Susanne Hennig-Wellsow und Sabine Berninger, migrationspolitische Sprecherin. „Die Enquetekommission eröffnet auf Landesebene die Chance einer systematischen und strukturierten Auseinandersetzung mit dem Ziel von Veränderungen in Bereichen der Verwaltung und Behörden.“

Für DIE LINKE ist diese gemeinsame Initiative von Rot-Rot-Grün mit der CDU ein wichtiges Anliegen. „Gerade angesichts erstarkender rechtspopulistischer und neonazistischer Gruppen ist ein gemeinsames Vorgehen der Demokratinnen und Demokraten so bedeutend. Deshalb haben wir uns um einen gemeinsamen Beschlusstext be-

müht“, so Susanne Hennig-Wellsow. „Aufgabe der Kommission wird sein, Ursachen, Erscheinungsformen und Auswirkungen rassistischer Einstellungen sowie gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu analysieren. Zudem sollen Handlungsempfehlungen für zivilgesellschaftliche und institutionelle Konzepte zur Zurückdrängung solcher Einstellungen entwickelt werden“, sagte Sabine Berninger zum Anspruch an die Kommission. „Das Problem heißt Rassismus und die Enquetekommission muss versuchen, präventive Konzepte und Handlungsoptionen zu entwickeln, die dieses Problem eindämmen.“

Ausschuss wurde gemeinsam mit der CDU eingesetzt

„Das ist der uns durch den Untersuchungsausschuss beschriebene Auftrag. Das ist die uns in Verantwortung gegenüber den Opfern des NSU und ihren Angehörigen obliegende Pflicht. Das ist die vor uns liegende Aufgabe“, so betonten die beiden Politikerinnen der Linksfraktion. Sabine Berninger hatte eine persönliche Erklärung abgegeben, da sie in der Debatte nicht mehr die Möglichkeit hatte, zum Antragstext zu sprechen. Sie sagte:

Bereits die Einsetzung der Enquetekommission, gemeinsam durch die im Landtag vertretenen demokratischen Fraktionen, betrachten wir als Meilenstein, den wir dem einstimmigen Beschluss der Empfehlungen durch alle Mitglieder des ersten NSU-Untersuchungsausschusses zum Behördenhandeln und zum Verhalten der Sicherheitsbehörden verdanken.

Es ist uns wichtig, dass wir den Ausschuss mit der CDU gemeinsam einsetzen und im Ausschuss, in der Kommission gemeinsam mit der CDU Ursachen und Erscheinungsformen von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit untersuchen und zu Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen zur Eindämmung rassistischer Einstellungsmuster und Ideologien der Ungleichwertigkeit kommen. Gerade angesichts erstarkender rechtspopulistischer und neonazistischer Gruppen ist ein gemeinsames Vorgehen der Demokratinnen und Demokraten so wichtig. Deshalb tragen wir den nun vorliegenden Beschlusstext gemeinsam. Danke für den einmütigen Beschluss der demokratischen Fraktionen. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass die Kommission ihrer Aufgabe gerecht wird und uns der Verantwortung zur Eindämmung von Rassismus stellen. ■

Synagogen-Gedenkstätte von widerlicher Nazi-Provokation gereinigt

Unbekannte haben die Gedenktafel der Synagogen-Gedenkstätte in der Eisenacher Karl-Marx-Straße geschändet. Passanten entdeckten am 28. Januar auf der Gedenktafel ein leuchtend blaues Hakenkreuz. Die Wahlkreisabgeordnete der Landtagsfraktion DIE LINKE, Kati Engel, hatte dazu erklärt, sie sehe in der Schändung eine zeitliche Verbindung zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus und sprach von einer „widerlichen Provokation“.

Der 27. Januar ist der Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee 1945. Seit 1996 ist dieser Tag in Deutschland als „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“, ein gesetzlicher Gedenktag. 2005 wurde der 27. Januar durch die Vereinten Nationen sogar zum „Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust“ erklärt.

„Ein Hakenkreuz an einem Ort des Gedenkens an verfolgte und durch Nationalsozialisten getötete Juden ist an sich schon geschmacklos. Aber eine Gedenkstätte am Gedenktag der Holocaust-Opfer zu schänden, entbehrt jeglicher Menschlichkeit!“, so die Landtagsabgeordnete. „Aber ich bin froh, dass es Menschen in Eisenach gibt, die das stört. So waren es wieder einmal

Zwei Stunden hatten die Landtagsabgeordnete Kati Engel und junge Antifaschisten aus Eisenach zu tun, um die Gedenktafel von der Schändung zu reinigen.

Die Eisenacher Synagoge wurde in der Pogromnacht am 9. November 1938 völlig zerstört. Der Sockel des 1947 errichteten Mahnmals wurde aus Steinen der früheren Synagoge erbaut. 1998 wurde eine Tafel zur Erinnerung an die 1942 aus Eisenach nach Belzec und Theresienstadt deportierten 145 Juden angebracht. Nur wenige überlebten den Holocaust.

Passanten, die Anzeige bei der Polizei erstatteten und uns informiert haben“, betonte Kati Engel.

Gemeinsam mit anderen hatte sie unverzüglich am Sonntagvormittag (29. Januar) die Farbe entfernt und erklärt: „Es ist uns eine Herzensangele-



genheit, heute hier zu sein und die Gedenktafel zu reinigen. Wir können die Schändung nicht ungeschehen machen, aber wir können so den Nazis zeigen, dass wir weder ihre Meinung, noch ihre Taten jemals tolerieren werden.“ ■